

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzusehen
Redaktion: SM. 66, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 292 - 308
Tel.-Wochensozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dormüts-Verlag GmbH, Berlin SM 66, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 2506-2507

Der „Vorwärts“ ein Landesverräter?

Großer Unfug oder deutsche Gerechtigkeit?

Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Ernst Reuter, ist infolge Verfügung des Oberreichsanwalts vom 3. April d. J. die Voruntersuchung wegen Landesverrats (Verstoß gegen § 43 und 92 I StGB.) eröffnet worden. Das neue Landesverratsverfahren, das damit gegen uns angestrengt wird, gründet sich diesmal auf die bekannte, in der Nummer vom 3. Februar erfolgte Veröffentlichung des aufsehenerregenden Briefes eines Hitler-Offiziers namens G 54, der in der Mauer der Hitler-Leute eine geradezu klassische Schilderung seiner Befehlsgebung an den Umkürsversuchen vom 8. und 9. November u. J. gab. Weiter bezieht sich der Oberreichsanwalt in dem neuen Landesverratsverfahren auf Polemiken, die der „Vorwärts“ in der Morgenausgabe vom Dienstag, den 5., und Sonnabend, den 9. Februar, gegen die bayerische Regierung und gegen das Wehrkreiskommando Stuttgart richtete.

Wir bekennen uns schuldig, mit der Veröffentlichung dieser vorstehenden Meldung abermals den Verdacht des Landesverrats zu erwecken. Denn nach dem Landesverratsparagrafen 92 des Strafgesetzbuches wird mit Zuchthausstrafe nicht unter zwei Jahren (oder Festungshaft nicht unter sechs Monaten) bedroht, wer „vorsätzlich Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches... erforderlich ist... öffentlich bekannt macht.“

Jeder gesunde Mensch in Deutschland wird mit uns darin übereinstimmen, daß die Nachricht von gegen republikanische Blätter angelegten Landesverratsverfahren für das Reich so blamabel ist, daß sie im Interesse des Aufehens der Republik ganz geheim gehalten werden müßte. Aber wir sind unseren deutschen Lesern schuldig, ihnen mitzuteilen, wohnt der Kurs der republikanischen Politik in der Gegenwart fester. Da wir aber nicht verhindern können, daß die Nachricht außer deutschen Lesern auch Ausländern zu Gesicht kommt, bitten wir alle ausländischen Leser des „Vorwärts“, von der Meldung keine Notiz zu nehmen. Es ist genug, wenn wir in Deutschland selbst Scham über solche Vorgänge empfinden!

Nachspiel zum Rathenau-Mord.

Verfahren gegen Reichstagsabgeordnete der Linken.

Am 28. Juni 1922 hielt Hefferich im Reichstag seine berühmte, mit wider Demagogie und lässlichen Verdächtigungen arbeitende Rede gegen den Reichsaußenminister Dr. Rathenau. Er

Morgen des folgenden Tages fiel Rathenau unter den mörderischen Schüssen von Lechow und Genossen als ein Opfer der Hölle, die die Deutschnationalen gegen ihn entfacht hatten. Kein Wunder, daß die Erbitterung des größten Teils der Reichstagsabgeordneten sich stürmisch gegen Hefferich wandte. Die deutschnationale Reichstagsfraktion selbst war im Zweifel darüber, ob Hefferich unter solchen Umständen an der Reichstagsitzung am 24. Juni teilnehmen dürfte, schließlich beschloß sie, daß „keine Schwäche gezeigt“ werden dürfe und daß Hefferich erscheinen müsse.

Selbstverständlich war bei den anderen Abgeordneten die Spannung groß. Viele waren der Meinung, daß Hefferich es gar nicht wagen würde zu erscheinen, ihre Ueberresung und Erregung vor ungeheurer, als er denkwürdig kam. Von der Linken her erschollen stürmische Rufe: „Rdrder hinaus!“ Schließlich aber legte sich unter dem Einfluß des Präsidenten Böbe der Tumult und Hefferich blieb.

Seitdem sind fast zwei Jahre vergangen, der Reichstag ist aufgelöst, die Immunität der Abgeordneten erloschen. Und auf einmal werden die Genossen Zubeil und Dr. Rosas sowie mehrere Kommunisten, Höllein, Kemmele und Fröhlich, vor den Untersuchungsrichter geladen, weil sie sich gegen den § 105 des Strafgesetzbuches vergangen haben sollen. Der § 105 sagt:

Wer es unternimmt, den Senat oder die Bürgerschaft einer der freien Hansestädte, eine gesetzgebende Versammlung des Reichs oder eines Bundesstaates auseinanderzulassen, zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter einem Jahre ein.

Man muß zugeben, daß dem Staatsanwalt der Humor in erster Zeit nicht fehlt und daß er es versteht, Satiren zu schreiben — und wären es auch Satiren auf sich selbst und auf die deutsche Justiz. Die Wahrung der inneren Ordnung des Reichstags ist Sache des Hauses selbst, vor allem Sache des Präsidenten. Und der Reichstag hat damals auch aus eigenem ungehobler schwerer Aufgabe gelöst und trotz der ungeheuerlichen Provokation, die in dem Erscheinen Hefferichs unter den gegebenen Umständen lag, seine Sitzung ordnungsgemäß zu Ende geführt. Hefferich wurde an der Ausübung seines Mandats tatsächlich nicht gehindert.

Eine Verurteilung der in Untersuchung gezogenen Abgeordneten ist unmöglich, solange Verfassung und Gesetz noch gelten. Aber die Einleitung des Verfahrens allein ist schon ein ungeheurerlicher Skandal. Was die Phantasie des loshaftesten Witzboldes nicht erfinden würde, die deutsche Justiz bringt es schließlich fertig!

Die Krise in Württemberg.

Rechtsschwenkung des Zentrums.

Die württembergische Regierung ist, wie bereits mitgeteilt, infolge der Ablehnung ihrer Staatsvereinfachungspläne durch den Landtag, zurückgetreten. Unser Stuttgarter Korrespondent schreibt uns über die dadurch entstandene Lage noch folgendes:

Der Kampf um die württembergische Staatsvereinfachung ist all. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Verringerung der Zahl der Oberämter, die, seit mehr als 100 Jahren in die heutige Zahl und Form eingeteilt, einen riesenhaften, kostspieligen und unnötigen Apparat darstellt.

Schon 1911 hatte die königliche Regierung Weizsäcker-Fleischhauer einen Plan vorgelegt, nach dem die 63 Oberämter um 20 vermindert werden sollten. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hatte dann die republikanische Minderheitsregierung Hieber-Bolz glücklich den Mut aufgebracht, eine Verminderung der Oberämter um 12 anzugehen. Selbst dieses bescheidene Projekt wurde nicht Wirklichkeit. Die strupellose Agitation der Rechtsparteien sah in dem Kampf um Kantönlinteressen einen günstigen Wahlspieß, und das Zentrum stimmte erst leise, dann immer lauter in den Chor dieser Saboteure aus Parteigewinn ein, weil es sich in seinem ländlichen Bestehen durch den Bauernbund bedroht sah und sich nicht auch noch hier den Rang ablaufen lassen wollte.

In der Minderheitsregierung, in der neben einem Beamten, der provisorisch das Arbeitsministerium verwaltet, zwei Demokraten und zwei Zentrumsleute saßen, setzte sich die Konzeptionspolitik des Zentrums durch, das sich innerhalb der württembergischen Regierung bisher stets als der stärkere Teil erwiesen hat. Da jedoch überhaupt etwas geschehen mußte, ordnete die württembergische Regierung auf dem Verordnungsweg die Aufhebung von 7 Oberamtsbezirken und des Landgerichtshall an. Man sah bei der Regierung wohl ein, daß eine derart jämmerlich ungenügende Maßnahme weder den Sozialdemokraten genügen, noch die nach Agitationsstoff lüsterne Rechte befriedigen werde. Man glaubte aber mit der Verordnung den Boden gefunden zu haben, von dem aus die Regierung ihren vor 14 Tagen durch den Staatspräsidenten feierlich verkündeten Beschluß, monach sie zurücktreten werde, wenn der Landtag die Auflösungsverordnung ablehne, durchführen könne.

In der Hoffnung auf die Wirksamkeit dieser Drohung mußte sich nun die Regierung geäußert sehen. Der deutschnationale Bauernbund, der sonst nicht genug über den kostspieligen Apparat von „vollgeirrenen Beamten“ wettern konnte, und die ebenso deutschnationale Bürgerpartei, die stets als Prediger der Sparpolitik glänzte, setzten sich an die Spitze eines raffiniert inszenierten Entrüstungsummars der Interessenten. Im Landtag und im Innenministerium gab eine Deputation der bedrohten Oberämter der anderen die Tür in die Hand. Am letzten Mittwoch wurde dann in einer großen Demonstration vor dem Stuttgarter Bürgermuseum unter dem Jubel der Interessenten die deutschnationale Parole in alle Welt hinausgeschrien. Der Versuch, die Szene des Landtages zum Tribunal deutschnationaler Demagogie zu machen, mißlang allerdings gründlich.

Der Ruhm der Bürgerpartei und des Bauernbundes aber ließ das Zentrum nicht schlafen. Am Mittwoch, den 2. April, überraschte der Präsident den Landtag mit der Mitteilung, daß das Zentrum durch einen Initiationsbeschluss den Termin des Inkrafttretens der Verordnung auf den 15. Juni hinauschieben will. Es würde also erst der nächste Landtag in den ersten vier Wochen seiner Tätigkeit vor die Frage gestellt werden, ob er es bei der Aufhebung der 7 Oberämter belassen oder den Beschluß der heutigen Regierung zunichte machen will.

Dieser Vorstoß bedeutet einen bewußten Sabotageakt des Zentrums, da man in seinen Kreisen auf das dringlichste hofft, die nächste Regierung zusammen mit der Rechte bilden zu können. Schon die Wahlen von 1920 hatten ein Ergebnis gezeitigt, das dem Zentrum ermöglichte, je nach Bedarf mit der Rechte oder mit der Linken eine Mehrheit zu bilden. Das württembergische Zentrum hatte sich durch seine immer stärker bemerkbar machende Rechtsentwicklung in völlige Abhängigkeit von der deutschnationalen Agitationspropaganda begeben und es darum mehr als einmal an der notwendigen staatspolitischen Souveränität fehlen lassen. Jedenfalls hat es sich in den letzten Jahren durch seinen Charakter als Regierungspartei niemals die Hände für agitationsstatische Schiebungen binden lassen.

Das zeigte sich bei dem Zentrumsantrag vom Mittwoch. Die agitatorischen Wählrücken verleiteten die Zentrumspartei, nicht nur dem zuständigen Zentrumsminister Bolz, sondern auch der ganzen Regierung rückwärtslos einen Schlag ins Gesicht zu versetzen. Die Demokraten als andere Regierungspartei antworteten darauf mit der Drohung, daß für den Fall der Annahme des Zentrumsantrages die demokratischen Minister zurücktreten werden. Mit 43 gegen 42 Stimmen bei 2 Enthaltungen blieb der Zentrumsantrag in der Minderheit. Dieses Resultat war nur möglich durch die Haltung der Deutschen Volkspartei, von deren 4 Vertretern einer abwesend war, zwei sich der Stimme enthalten und einer dem Zentrumsantrag zustimmte!

Zum Kampf der Eisenbahner.

Die Lohnvereinbarung angenommen.

In ihrer bekannten Erklärung ließ die Reichsregierung mitteilen, daß sie der Vereinbarung zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Eisenbahner-Gewerkschaften ihre Zustimmung aus „währungs- und wirtschaftlichen Gründen“ verweigert habe. Man müßte also annehmen, das Streitobjekt bildet eine derartige Summe, daß es für das finanzielle Gleichgewicht der Reichsbahn von wesentlicher Bedeutung ist. Die Öffentlichkeit wird zunächst vor einem unlösbaren Rätsel stehen, wenn sie die Zahlen erfährt, um die es sich in Wirklichkeit dreht.

Die gesamten Lohnerhöhungen der Vereinbarung betragen etwa 6 Millionen pro Monat. Auf den einzelnen Arbeiter berechnet, betrug die Lohnerhöhung 6 bis 7 Pf. pro Stunde. Von dieser Lohnerhöhung hat die Reichsregierung Abstriche von 1 bis 2 Pf. für die unqualifizierten Arbeiter und für die qualifizierten Arbeiter im Wirtschaftsgebiet gemacht. Die eigentliche Differenz ist also sehr geringfügig. Die Gesamtlöhnsummen, die die Reichsregierung von der Vereinbarung zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Gewerkschaften gestrichen hat, macht insgesamt für den ganzen Monat noch nicht eine Million aus. Und um einer solchen Lappalie willen legt die Reichsregierung die Aufrechterhaltung des Verkehrs auf das Spiel, treibt sie die Eisenbahner zu Verzweiflungsausbrüchen, beunruhigt sie die gesamte Öffentlichkeit und gefährdet damit allein schon unsere Währung! Wenn diese Summen im Budget der Reichsbahn nur eine Lappalie ist, für die etwa 300 000 Eisenbahner, die nur davon betroffen werden, bedeutet sie ein Stück Brot mehr oder weniger, das sie im buchstäblichsten Sinne vor dem Hunger schützt.

Warum aber verhält sich die Reichsregierung in so verantwortungsloser Weise auf eine solche Lappalie? Die Antwort haben wir wiederholt gegeben. Die Reichsregierung steht unter dem Diktat der Schwerindustrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Diese beiden Unternehmergruppen haben die Parole ausgegeben: — nicht nur die Kommunisten haben Parolen —, die Löhne „auseinanderzugiehen“. Darunter versteht man, daß die qualifizierten

Arbeiter erheblich besser als die unqualifizierten bezahlt werden. Dieses Auseinanderziehen soll aber nicht so vorgenommen werden, daß die qualifizierten Arbeiter wesentlich besser als bisher gestellt werden, sondern auf Kosten der bisher so schlecht gestellten unqualifizierten Arbeiter. Die Reichsregierung wagt nicht, gegen das Diktat der Schwerindustrie eine Entscheidung zu treffen. Komme, was da wolle, sie wendet die ausgegebene Parole in bürokratischer Oberbürgermeistermanier an, indifferent gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen.

Bei den Verhandlungen, die heute im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, erklärte der Reichsverkehrsminister, daß er nochmals den Versuch machen werde, das Kabinett zur Annahme der getroffenen Lohnvereinbarung zu bewegen. Die Kabinettsitzung, in der die Entscheidung fällt, findet heute mittag statt. Wie uns kurz vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird, hat das Reichskabinett dem Antrag des Reichsverkehrsministers stattgegeben und der Lohnvereinbarung vom Freitag zugestimmt. Jedoch gehen die Verhandlungen über den Manteltarif noch weiter.

Die Abstimmung in Hannover.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlichte dieser Tage eine Verordnung des Reichsministers des Innern über die Vorabstimmung in Hannover. Auf den von den Vertrauensmännern der Deutschhannoverschen Landespartei eingereichten Antrag wird folgende zur Abstimmung zu stellende Frage zur Vorabstimmung in der preussischen Provinz mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich zugelassen:

Soll die Provinz Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich aus Preußen ausscheiden, um ein selbständiges Land zu bilden?

Die Vorabstimmung findet am 18. Mai statt; durch sie wird festgestellt, ob ein Drittel der wahlberechtigten Einwohner die Abstimmung über die zugehörige Frage verlangt. Zum Abstimmungsleiter ist der Präsident des Landesfinanzamtes in Hannover bestellt.

Man hätte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Rechtsparteien wiesen geschäftsordnungsmäßig darauf hin, daß es sich hier nicht um einen Antrag, sondern um einen Besetzungswahl handle. Am Sonntag fand dementsprechend die zweite und dritte Lesung statt. Das Zentrum hat bewußt zur Katastrophe getrieben. Es hatte alle abwesenden Mitglieder herantelegraphiert und mit Hilfe der Rechten eine Mehrheit von 51 gegen 39 Stimmen für seinen Antrag bekommen. Die Kommunisten, die am Mittwoch mit an der Rettung der Regierung beteiligt waren, hatten den Saal verlassen, und die Deutsche Volkspartei war, ihrer alten nationalliberalen Tradition folgend, im letzten Augenblick nach rechts umgefallen!

Daraufhin erklärte der Staatspräsident hiebei für sich und den Finanzminister Schall den Rücktritt. Unter Hinweis auf diese Erklärung traten dann auch die Zentrumsmänner Bolz und Bergerle zurück. Auf diese Weise hat Württemberg vier Wochen vor den Landtagswahlen eine Regierungskrise bekommen.

Die Schnelligkeit, mit der die bürgerliche Demokratie mit der Drohung und mit dem tatsächlichen Rücktritt bei der Hand war, läßt darauf schließen, daß sie durch diesen taktischen Zug eine Verbesserung ihrer Wahlausichten zu erreichen hofft. Das ist allerdings eine eille Hoffnung, denn die Demokraten haben vier lange Jahre hindurch sich unter das Joch des Zentrums gebeugt und können die Politik dieser Zeitspanne nicht durch ein taktisches Manöver vergessen machen.

Das Zentrum hat nun die Bahn frei für die von vielen Zentrumsmännern ersehnte Regierungsbildung mit den Deutschnationalen. Ob diese Regierung aber noch kurz vor Lorenzschluß zustande kommt, erscheint fraglich. Es ist leicht möglich, daß man sich bis nach den Wahlen mit dem Provisorium eines Geschäftsministeriums behelfen will. Die endgültige Antwort darauf gibt wahrscheinlich die Landtagsitzung, die auf heute vormittag 11 Uhr angesetzt ist mit dem Thema: „Wahl eines Staatspräsidenten“.

Die bayrischen Wahlen.

Vorläufiges Endergebnis.

München, 8. April. (B.S.) Heute vormittag um 11 Uhr 30 Minuten lag folgendes amtliches Ergebnis über die Landtagswahlen im rechtsrheinischen Bayern vor:

Bayrische Volkspartei	919 587
Bölk. Bloß	431 862
Sozialdemokratie	413 862
Bauernbund	207 422
Kommunisten	203 017
Vereinigte Nationale Rechte	197 503
Dtsch. Bloß (Demokr.)	73 818
Nationalliberale Landespartei	29 416
Christlich-Soziale Partei	22 929
Beamtengruppe Katolik	19 480
Dtsch. Volkspartei	5 635
Beamtenpartei	4 504
NSP.	2 393
Unterfränk. Gewerbevorläufer	11 022
Heimatkreuz Koburger	7 833
Mieterei	389
Republik. Partei	285

Der Volksentscheid hatte folgendes Ergebnis (es stehen nur noch wenige Bezirke aus): Für den Entsch. stimmten 1 224 017, dagegen 1 263 892.

Die genaue Verteilung der Mandate wird sich zunächst noch nicht aufstellen lassen, da die Wahlen am 4. Mal in der Pfalz nicht unwesentliche Veränderungen bringen können. Die Wähler werden von diesen Wahlen allerdings keinen Vorteil haben, da sie in der Pfalz nicht kandidieren. Dagegen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Bayer. Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei auf einen Mandatszuwachs in der Pfalz rechnen können. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen würde sich für die einstweilige Mandatverteilung folgendes Bild ergeben: Bayer. Volkspartei 35, Bölk. Bloß 20, Sozial-

demokraten 17, Vereinigte Nationale Rechte 8, Bauern- und Mittelstandsbund 8, Kommunisten 8, Deutscher Bloß 2, Nationalliberale Landespartei 1 Sit.

Der Stimmenzuwachs und -verlust der einzelnen Parteien stellt sich ungefähr folgendermaßen: Gegenüber den Landtagswahlen von 1920 haben die Demokraten 175 000 Stimmen, die Bayer. Volkspartei 250 000 Stimmen und der Bauernbund 28 000 Stimmen verloren, die Vereinigte Nationale Rechte 180 000 Stimmen, wobei die auf die Nationalliberale Landespartei und die Deutsche Volkspartei entfallenen Stimmen mitgerechnet sind. Aus den oben angegebenen Verlusten der Rechtsparteien setzt sich im großen und ganzen der Gewinn des Völkischen Bloßes zusammen.

Bei den Wahlen 1920 hatte die alte Sozialdemokratie 486 528, die NSP. 383 614 Stimmen, während die SPD. insgesamt 51 602 Stimmen brachte. Nach der Wahl trat bekanntlich die Spaltung der NSP. ein, wobei der größere Teil von ihr zu den Kommunisten überlieferte. Man muß also in den NSP.-Stimmen von 1920 schon einen erheblichen Teil späterer Kommunisten mitrechnen. Ein einfacher Vergleich der Stimmenzahl von damals und von heute ist daher nicht möglich. Rechnet man die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien von 1920 und die der Kommunisten zusammen (insgesamt 921 744), so ergibt sich bei Vergleich mit dem 6. April 1924, daß rund 304 000 Stimmen fehlen, die selbstverständlich auch in der Pfalz nicht mehr aufgebracht werden können. Rechnet man die noch zu erwartenden Pfalzstimmen hinzu — im Jahre 1920 für die SPD. 87 854, NSP. 38 822 —, so ist zu erwarten, daß die Stimmenzahl der alten Sozialdemokratie in Bayern voll gehalten worden ist, trotz der unglaublichen Schikanen, die das Kahr-Regiment seit Jahren gegen sie ausübte. Der vermeintliche Gewinn der Kommunisten schrumpft bei Berücksichtigung dessen, daß sie schon in Halle den größten Teil der NSP. mit sich nahmen, auf ein geringes zusammen.

Sollmann gegen Strefemann.

Um das Schicksal des Rheinlandes.

Aöln, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) In einer Kassenversammlung zu Bonn, die die Kommunisten vergeblich zu stören versuchten, sprach Genosse Sollmann eingehend über die großen Entscheidungen, die nach dem Abluß der Ricum-Verträge und dem Bericht der Sachverständigen bevorstehen. Das Rheinland müsse sich darauf rüsten, daß sein Schicksal in wenigen Wochen unter den schwierigsten Verhältnissen erneut aufgerollt werde. Er verwies auf die Rede des Reichskanzlers Marx, die er erkenne, daß er die außenpolitische Frage öffentlich mit großer Zurückhaltung behandelt habe. Weder könne man dies von den Reden des Reichsaussenministers Dr. Strefemann nicht behaupten. Nicht nur in der rheinischen Sozialdemokratie, sondern auch bei den führenden Persönlichkeiten des rheinischen Zentrums hätte die Tonart Strefemanns Mißfallen erregt. Strefemann scheine über die Schwierigkeiten und über die Sorgen und über die Stimmung der Rheinländer falsch unterrichtet zu sein. Man sei im Rheinland zwar gezwungen und auch bereit, um die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich, wenn es not tut, jahrzehntelang zu kämpfen, aber von aggressiver Stimmung sei die rheinische Bevölkerung weiter entfernt denn je. Es sei auf die Dauer nicht angängig, daß deutsche Reichsminister einen Sturm gegen das Gutachten der Sachverständigen eröffnen, noch ehe dieses Dokument überhaupt vorliege.

Strefemann und die Ricumverträge.

Scharfe Kritik der Pariser Presse.

Paris, 7. April. (III.) Die gestrige Rede des deutschen Außenministers wird von den Pariser Blättern lebhaft besprochen. Interessant ist besonders der heutige „Temps“-Kommentar. Das Blatt zieht eine Stelle in der Ansprache Strefemanns, die besagt, daß die englischen Großbanken den deutschen Unternehmen jeden Kredit verweigern, solange die Ricumverträge bestehen. Der „Temps“ hält diese Äußerung für recht bedenklich und wünscht unter allen Umständen, daß von London ein Dementi erfolge. Von den übrigen Blättern beurteilt das „Journal des Debats“ die Rede Strefemanns sehr scharf. Das Blatt konstruiert einen Zusammenhang zwischen der gestrigen Rede Strefemanns und der politischen Kund-

gebung, die unter Annäherung eines deutschen Prinzen in Berlin zur Ungültigkeitserklärung des Versailler Vertrags stattgefunden haben soll. Zum Schluß schreibt das „Journal des Debats“, die Führung des Reichs wolle den Vertrag nicht ausführen. Unter Anspielung auf Strefemann und Marx schreibt das Blatt, die einen bringen ihre Gedanken ungeheuer zum Ausdruck, die anderen schlagen noch einen ungefähren korrekten Ton an.

Kritik an Poincaré.

Paris, 8. April. (B.S.) Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ schreibt zur Frage der Ricumverträge: Die Annahme des Sachverständigenplanes schließt die Erneuerung der Ricumverträge aus. Wenn Poincaré also Sanktionen ausführen wolle, was von neuem Wirtswort in die besetzten Gebiete tragen und den Kampf vom vorigen Jahre wieder entfesseln würde, so müsse man sich fragen, ob nicht seine Zustimmung zu dem Plan des Komitees Dames ein leeres Wort sei. Die Position der französischen Regierung sei also weder logisch noch klar, sie wünsche offenbar Verzicht auf die Ruhrpolitik zu maskieren, die nichts eingebracht habe und nichts einbringen werde.

Oberschlesischer Kommunistenprozeß.

Breslau, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Urteil im ober-schlesischen Kommunistenprozeß wegen angeblicher Umsturzversuche durch Generalstreik bedeutet eine politische Sensation. Von 52 Angeklagten sind 45 freigesprochen und nur 7 zu kurzen Festungstrafen verurteilt worden. Diese milde Behandlung ist die Belohnung für die Erklärung der Angeklagten, daß die ober-schlesischen Kommunisten mit der kommunistischen Internationale nichts zu tun haben wollten, daß sie immer gute Polen gewesen seien und sich in den Kämpfen gegen Hering nationalpolnisch bewährt hätten. Das polnische Gericht nahm an, daß ihnen der Beweis für diese Behauptung gelüftet sei. Es hat damit die angebliche Unterdrückung von Klassenkämpfen durch den damaligen Staatskommissar Hering als das gekennzeichnet, was es tatsächlich war, die Abwehr nationalpolitischer gewalttätiger Angriffe. Der kommunistische Schwindel von der Hering des ober-schlesischen Arbeiterparates dürfte nach der Abgabe der ober-schlesischen Kommunisten an Moskau auch von der NSD. nicht mehr aufrechterhalten werden.

Kabinettsrat in London.

London, 8. April. (B.S.) Dem Parlamentsberichterstatter der „Times“ zufolge teilte das Kabinet heute vormittag zusammen, um die neue durch die Verwertung der Mietbill geschaffene Lage zu beraten.

Congon, 8. April. (B.S.) Zum Schluß der gestrigen Unterhausung wurde ein Antrag erörtert, in welchem für einige Abgaben, die von der Regierung während des Krieges auferlegt worden waren, u. a. auf Milch aus den sechs westlichen Grafschaften, Befreiung nachgesucht wurde. Die Regierung erteilt hierbei eine ernüchternde Niederlage. Die Opposition brachte einen Abänderungsantrag ein, der mit 207 gegen 170 Stimmen angenommen wurde. Diese Abstimmung wird keine politischen Folgen haben. Schließlich nahm das Haus ohne Erörterung in zweiter Lesung einen von mehreren Ritaliedern eingebrachten Gesetzesentwurf an, der mit dem abgeleiteten Mietgesetz teilweise übereinstimmt.

Die englisch-russische Konferenz.

London, 8. April. (B.S.) „Daily Telegraph“ zufolge findet die Eröffnungssitzung der englisch-russischen Konferenz nächste Woche unter dem Vorsitz Macdonalds im Foreign Office statt. Der Premierminister teilte gestern im Unterhaus auf verschiedene Anfragen mit, Rothstein werde aus Gesundheitsrücksichten nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, Mitglied der Sowjetdelegation sein, und was Witwinoff betreffe, so habe er wiederholt seine Regierung in Verhandlungen vertreten, an denen England teilgenommen habe.

Ueber die Sicherung der Wahlfreiheit im besetzten Gebiet hat das französische Ministerium des Auswärtigen dem deutschen Vorkämpfer in Paris auf dessen Demarche am 4. April eine ausführliche Antwort zugehen lassen.

Moderne Plastik.

Von John Schilowski.

Die Direktion der Nationalgalerie hat den sehr dankenswerten Versuch unternommen, in einer Ausstellung des Kronprinzen-Palais einen Ueberblick über das Schaffen Rudolf Bellingss zu geben, eines modernen Plastikers, der nicht nur zu den allerersten schöpferischen Genies unserer Zeit gehört, sondern in seinem Entwicklungsgang zugleich den Weg kennzeichnet, den die moderne Plastik gegangen ist, als sie sich aus dem Naturalismus zu dem freieren Geiste und der reineren Formsprache einer neuen Ausdrucksform durchdrang.

Der menschliche Körper hat als Schöpfung der Natur seine eigene Schönheit. Der Anblick seiner Formen kann im Künstler Empfindungen erwecken, denen er durch ein plastisches Kunstwerk Ausdruck verleiht. Damit diese Empfindungen aber zur reinen, reifen Gestaltung kommen, ist es nötig, daß die Formen des natürlichen Körpers in dieser oder jener Weise umgewandelt werden. Es geschieht das nicht nur durch die genau abgemessene, dem künstlerischen Zwecke dienende Stellung des Modells, sondern auch durch das betonen oder Hervorheben von bestimmten Einzelheiten, denen gegenüber andere in ihrer Wirkung zurücktreten müssen, durch die Wahl des Materials und dessen technische Behandlung. Durch das Bestreben, einem gefühlsmäßigen inneren Leben mittelst der Form Ausdruck zu geben, wird das Naturbild bereits mehr oder weniger verändert. Da der Ausdruck aber zum Kunstwerk sich gestalten soll, so ist außerdem ein folgerichtig durchgeführter rhythmischer Aufbau des Ganzen vonnöten. Der menschliche Körper baut sich nach seinen eigenen organischen Gesetzen auf, das Kunstwerk aber folgt anderen Gesetzen, und zwar unterliegt jedes einzelne Kunstwerk seiner besonderen, aus seinem Geiste notwendig erwachenden Norm. Der Anatom vermag aus einem einzigen kleinen Knochen die ganze Gestalt des Tieres zu konstruieren, weil er die organischen Gesetze kennt, nach denen die Natur bei ihrem Aufbau verfährt. Der Plastiker, der einen einzigen kleinen Teil seines Werkes gebildet hat, hat damit ebenfalls bereits die entscheidende Form für das ganze Werk geschaffen. Denn aus der Größe, Gestalt, Lage usw. dieses Teils ergibt sich nach dem ihm innewohnenden rhythmischen Gesetz die Größe, Gestalt und Lage aller übrigen Teile mit zwingender Notwendigkeit. Dieser Notwendigkeit müssen sich die Formen, die das Naturbild bietet, unbedingt fügen, wenn ein Kunstwerk entstehen soll. Anatomische Korrektheit darf daher von keiner plastischen Gestaltung eines menschlichen Körpers verlangt werden, und alle großen Plastiker sind von dieser Korrektheit ohne Bedenken abgewichen, sobald künstlerische Zwecke eine solche Abweichung verlangten.

Der Grad der Abweichung, das Maß, in dem das Naturbild zugunsten des reinen rhythmischen Formenaufbaus umgestaltet wird, kann verschieden sein. Je nachdem das Naturbild oder die Besten der rhythmischen Form vorherrschend ist, spricht man von naturalistischer oder expressionistischer Kunst.

Der Entwicklungsgang der modernen Plastik zeigt nun eine allmählich fortschreitende Befreiung von der Gebundenheit einer äußeren Naturnachahmung, und im Schaffen Rudolf Bellingss hat dieser Entwicklungsgang sein Spiegelbild. Arbeiten wie „Verwundete“ und „Kampf“ sind noch im wesentlichen naturalistisch. „Tänzerin“ und „Der Mensch“ charakterisieren die Uebergangsstufe, auf der zwar der reine Formenrhythmus schon vorherrscht, das Naturbild aber noch deutlich mitspricht. In „Dreikönig“, „Geste Freiheit“ u. a. ist das Endziel einer ganz strengen, abstrakten Kunst erreicht.

Wer beim Betrachten der im Kronprinzen-Palais ausgestellten Werke von diesen Gesichtspunkten auszieht, der wird des anfänglichen Staunens über die neue plastische Formsprache bald überwinden haben und zu einem Verständnis dessen gelangen, was der Künstler angestrebt und erreicht hat. Und wenn es gelingt, sich in die neue Formsprache miteinfühlend einzuleben, der wird von dem neu errungenen Standpunkt aus ein tiefes Verständnis für das Wesen aller plastischen Kunst gewinnen, der wird die plastischen Werke aller Zeiten und Stile mit klareren Augen betrachten, genießen und werten. Denn in jedem Kunstwerk spricht die reine Sprache der rhythmisch geordneten Form mehr oder weniger deutlich mit und sie ist es gerade, die das eigentliche Wesen und den Wert eines Kunstwerks bestimmt.

Einakter-Abend.

Im Deutschen Künstlertheater des Herrn Viktor Baranowski verläuft die Direktion die Sommerperiode — etwas verfrüht — mit drei literarischen Einaktern einzuführen. Der erste: „Eine florentinische Tragödie“ von Oscar Wilde. Ist in fünfzigjährigen Familien abgefaßt und erfordert Darsteller, die Worte sprechen können. Wo gibt es welche? Theodor Voos als rächender Gott, der den ehebrechenden Prinzen erschlagt, hat einen mochten Abend. Von ihm soll der düstere Glanz des Unheimlichen, weil Wissenden ausgehen, er soll erschrecken, obwohl er seine Gattin und seinen Nebenbuhler langweilt — er aber erregt nur in Augenblicken und langweilt fast immer. Otto Bressin (der Prinz) hörte erst auf zu handeln, als er am Boden lag vom Geiten übermächtig. Gerda Müller mangelt die florentinische Fähigkeit des Renaissance-Meibes und ihre Hingabe war wie die einer Statue. — Erst im zweiten, geistreich spielenden Einakter „Variété“ von Heinrich Mann wurde sie belebter, allerdings etwas lauter, wie überhaupt die französischen Feinheiten dieses Stückes verloren gingen in der übermäßigen, unterhaltenden, mehr auf Amüsement als auf satirische Wirkung hingelassenen Regie (Gullus C. Herrmann). Hier wirkte der Allerweltsspieler Kurt Bois, ein Darsteller mit dem noch zu zugehörigen Temperament eines hochgebildeten Ulewas, alle Anlagen seiner mannigfaltigen Natur. Weder mündet hier Talent in Ergänzungsstück. Emil Lind gab einen (für einen vornehmen Schau-spieler) ein bißchen zu sehr laboretmäßig jüdischen Direktor. — Im dritten Stück: „Eine musikalische Kur“ von Bernhard Shaw, gelang es Frau Gerda Müller und Kurt Bois, die schäuder-vorbereitenden Punkte des großen Satirikers, der wie ein guter Fechter, überrollende Stöße gegen ungehörte, weil nicht gefährdet

gewählte Stellen der „guten Gesellschaft“ vollführt, überzeugend herauszubringen. Der Abend war laut, aber launig; ein Beweis dafür, daß es durchaus nicht nötig ist, dilettantische Pflichten zu spielen, wenn man unterhaltend sein will.

Zur „Hinfemann“-Premiere. Die Gastspielproduktion des Residenztheaters hat sich wegen des von nationalistischer Seite verlangten Verbots der Aufführung von Tolstois „Hinfemann“ an das Staatsministerium gewandt. In der gestern abgehaltenen Besprechung erklärte ein Referent des Kultusministeriums, daß das Ministerium es ablehne, sich gegen eine Aufführung des Dramas zu wenden. Die gegen das Stück erhobenen nationalistischen Vorwürfe beruhten auf einer Verzerrung der dichterischen Idee. Der ebenfalls anwesende Minister Severing legte dem Theater für die Vorstellungen einen verstärkten polizeilichen Schutz zu.

Die Schulreformer gegen Böhm. Der Vorstand des Bundes Entschiedenener Schulreformer lehnt die Denkschrift des preussischen Ministers für Volksschulbildung zur Neuordnung des höheren Schulwesens mit größter Entschiedenheit ab. Zwar enthält die Denkschrift eine Reihe anerkannter Anregungen (wie Lockerung des Lehrplanzwangs, Konzentration der Fächer, Einschränkung der Hausaufgaben), doch auch diese in so unbestimmter Form, daß praktisch sich voraussichtlich wenig ändern wird. Zwar ist die Verringerung der Wochenstundenzahl auf 30 beachtenswert, aber damit Hand in Hand geht der erschreckende Rückfall in die Schulplatonisierung statt der Menschengestaltung. Die ministerielle Schulreform macht zusammen mit der Aufrechterhaltung normalisierter Schulgebühren so schlimm wie nur jemals, die wieder völlig starr werdenden höheren Schulen zu ausgemachten Klassen-schulen und zwingt ihnen erteilte oder überholte Bildungsschemata auf, statt dem Leben zu dienen.

Die kaum begonnene Arbeit an der Bewegungsfreiheit wird kurzerhand vernichtet. Die Wertarbeit wird geprieft und — abgelehnt, wie denn überhaupt die Denkschrift trotz von Wirtsprüchen und Unausgesprochenheiten. Die ganze „Reform“ kennzeichnet sich trotz alles Abstreitens als die limitierte Ausmachung fiskalischer Zwänge. Der Bundesvorstand verwirft sie deshalb und sieht nach wie vor in der klassischen Einheitschule die Schulform der zukünftigen Volksschule für die er auch weiter kämpfen wird.

Ein neuer Vorkämpfer für drahtlose Telephonie. Ein neuer von D'Almonventeur Hüller und Professor Ruppel im Elektrotechnischen Institut Darmstadt hergestellter Vorkämpfer, der die Stimmen und einzelnen Instrumente in ihrer Klangfarbe wiederzugeben wie ein Telegramm aus Frankfurt a. M. meldet, bei seiner Vorführung eine so vollkommene Klängeinheit und Klarlegung der Stimmen, daß man von diesem Vorkämpfer eine bedeutende Verbesserung auf dem Gebiete der Musikübergabe durch drahtlose Telephonie erwarten darf. Die Wirkung wird erzielt durch besondere Einordnung einer eigenartigen Membrane und besondere Art der Magnetregung.

Tolstois „Hinfemann“ spielt Ernst Friedrich am 8. abds. 7 Uhr, in der Aula der 31.—32. Gemeindefschule Charlottenburg, Oranienstraße.

Wer trägt die Schuld?

Zu dem eisernen Bestandteil des Lügenarsenals der Rechtsparteien gehört die Behauptung, daß lediglich der Verfall der Reichs- und die „Judenrepublik“ an dem Niedergang der deutschen Staatsfinanzen und dem schließlichen Zusammenbruch der Mark die Schuld trügen. Hunderte Male ist von unserer Partei diese Lüge widerlegt und der Nachweis erbracht worden, daß gerade die lautesten Schreier und Heher nicht nur am meisten am Markzerfall verdient haben, sondern auch die Hauptschuld an dem finanziellen Zusammenbruch Deutschlands tragen.

Nun veröffentlicht der Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Dr. Paul Bensch in der Presse einen Artikel über die Lage der deutschen Reichsfinanzen in den Monaten vor dem Rathenau-Mord, der äußerst interessantes Material zu dem erwähnten Thema enthält. Es heißt in diesem Artikel:

„Hätten schon die Jahre 1920 und 1921 eine beginnende Besserung der finanzpolitischen Lage des Reiches herbeigeführt, so gestaltet sich die Verhältnisse zu Anfang des Rechnungsjahres 1922 weit günstiger, als man im allgemeinen angenommen hatte. Die Ausgaben des Reiches, soweit sie nicht aus Leistungen aus dem Friedensvertrag entstanden, begannen damals zurückzugehen. Die außerordentlichen Ausgaben für die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft gingen zurück. Die Aufwendungen für die Zinsen machten sich nicht mehr so stark geltend wegen der eingetretenen Entwertung des Geldes. Andererseits mehrten sich die Einnahmen des Reiches. Die Steuererträge von 1919 bis 1921 begannen wirksam zu werden.

Das Bild der Finanzgebarung des Reiches in den Monaten April, Mai und Juni 1922 ist aus folgenden Ziffern ersichtlich. Es betragen die ordentlichen Einnahmen im April 13,2 Milliarden, im Mai 17,6 Milliarden, im Juni 17,8 Milliarden Mark. Demgegenüber bezifferten sich die Ausgaben für die allgemeine Reichsverwaltung nach Abzug der Verwaltungseinnahmen im April auf 7 Milliarden, im Mai auf 12,5 Milliarden, im Juni auf 11,1 Milliarden Mark. Die Betriebsverwaltungen hatten nötig an Zuschüssen und Anleihebedarf 0,3, 0,9 und 2,8 Milliarden Mark. Die gesamten Ausgaben des Reiches einschließlich der Ueberweisungen an die Länder, einschließlich der außerordentlichen Ausgaben und der unter normalen Verhältnissen nicht notwendigen Zuschüsse der Betriebsverwaltungen betragen also 34,4 Milliarden Mark. Diesen inneren Ausgaben standen an Einnahmen aus ordentlichen Quellen allein 48,6 Milliarden gegenüber. Zu diesen ordentlichen Einnahmen kamen noch außerordentliche Einnahmen hinzu in Höhe von 8,5 Milliarden, so daß für die Deckung der Reichsausgaben in diesem Vierteljahr die Summe von 57,1 Milliarden vorhanden war. Nicht weniger als 22,7 Milliarden der Reichseinnahmen blieben damals übrig für die Ausführung des Friedensvertrages. Die Friedensvertrag selbst erfordert die Summe von 48,8 Milliarden Mark. Es war also in diesem Vierteljahr die Finanzlage des Reiches so, daß nicht nur alle inneren Ausgaben durch Einnahmen, sondern auch noch die Hälfte der Friedensvertragsaufwendungen durch diese Einnahmen gedeckt werden konnten.

Dabei darf man nicht vergessen, daß infolge der Spannung zwischen dem Außen- und dem Innenwert der deutschen Mark die Aufwendungen für den Friedensvertrag aufgeschlüsselt waren. Wäre es damals bei den verhältnismäßig stabilen Werten des deutschen Geldes geblieben, so hätte sich infolge dieser Verbesserung der Lage der Reichsfinanzen jedenfalls eine Entlastung des Außenwertes der Mark nach oben vollzogen, so daß die Ausgaben aus dem Friedensvertrag nominal geringer werden konnten. Andererseits aber stand zu erwarten, daß die Einnahmen des Reiches sich noch weiterhin besserten, weil die im Frühjahr 1922 vorgenommene Reform der indirekten Steuern erst in der Zukunft sich auswirken mußte. Ebenso begann damals der neu geschaffene Buch- und Betriebsprüfungsdienst, der eine genauere Abschätzung der Steuererträge ermöglichte, seine Wirkung auszuüben. Die Steuerreform hob sich und damit war gleichfalls eine Erhöhung der Einnahmen zu erwarten. Die Reichsfinanzen strebten in jenen Monaten einem Zustand der Festigung und Beharrung zu. Das mit so großer Opfern angestrebte Ziel der Sanierung der Reichsfinanzen schien in erreichbare Nähe gerückt. Da kam der Rathenau-Mord und mit ihm begann die Tragödie der Mark, jener ungeheure Zusammenbruch des deutschen Geldwesens, der durch die außenpolitischen Schwierigkeiten verwickelt und durch den Ruhrkampf gefördert, zur völligen Auflösung des Markwertes führte und die Finanzen des Reichs mit in den Abgrund riß. Es liegt eine ungeheure Tragödie in der Tatsache, daß wir durch das außen- und innenpolitische Geschehen in dem Moment wieder in das wilde Wogengestühl der Finanznot zurückgeführt wurden, als zum ersten Male finanzpolitisch festes Land in Sicht war.“

Nach diesen Feststellungen ist ohne weiteres klar, wo die Schuldigen an der deutschen Finanzkatastrophe und an der Verelendung des deutschen Volkes zu suchen sind. Es sind jene Revolverpolitiker auf der Rechten, die ihren Kreaturen die mächtigste Waffe in die Hand drückten und nach Erzberger schließlich Walter Rathenau zur Strecke brachten. Nach diesem Verbrechen, das von den Rechtsparteien noch immer gebüht und rechtfertigt wurde, vollzog sich unaufhaltsam der weitere Niedergang Deutschlands. Mögen die Willkürherrscher des ausgeplünderten und ausgebeuteten Arbeitervolkes in Stadt und Land, mögen die breiten Schichten des verelendeten Mittelstandes und der um ihr Leben und Gut gebrachten Kleinrentner den verbrecherischen Katastrophenpolitikern auf der Rechten am 4. Mai die gebührende Antwort erteilen.

Baifestimmung an der Börse.

An der heutigen Börse fanden die in den letzten Tagen begonnenen Spekulationen eine verstärkte Fortsetzung. Die Tendenz des Aktienmarktes ist dementsprechend außerordentlich schwach. Die Kreditbeschränkungen der Reichsbank und der Seehandlung haben die Baiffe erst richtig ins Rollen gebracht. Die Aussichten für die nächste Zeit werden an der Börse selbst sehr pessimistisch beurteilt. Man verweist vor allem darauf, daß die Rentenmarktkredite von der Wirtschaft bis auf einen kleinen Rest in Anspruch genommen sind und daß eine eigentliche Rückzahlung dieser Kredite bis auf weiteres kaum möglich ist, so daß mit fortgesetzten Prolongationen gerechnet werden muß.

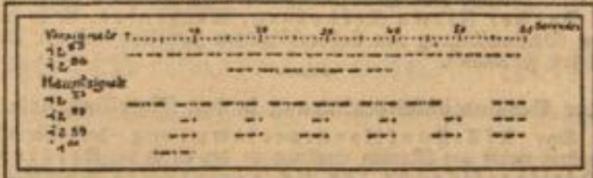
Der heute veröffentlichte Reichsbankausweis vom Quartalsanfang bietet ja auch bereits ein außerordentlich trübes Bild des allgemeinen Geld- und Kreditwertes. Wesentlich trug zur Verschlechterung der Stimmung die Veröffentlichung des Pariser „Matin“ über den Inhalt des Sachverständigenberichts bei.

Der französische Frank liegt unverändert. Im Wechselverkehr wurde heute das englische Pfund mit 74,45 Frank bezahlt. Im offiziellen Devisenverkehr ist die Lage unverändert. Am Devisenmarkt macht die Verstellung solche Fortschritte. Tägliches Geld ist kaum noch zu bekommen; man nannte heute einen Sah von 1/2 Proz. pro Tag. Monatskredite werden anscheinend überhaupt nicht mehr abgetrieben.

Das Zeitzeichen.

Der Berliner Rundfunksender gibt jeden Tag von 12,55 bis 1 Uhr nachmittags das Zeitzeichen von Rauen wieder. Es besteht aus einer Reihe sinnvoll geordneter Morse-Zeichen, die dem Kenner ermöglichen, seine Uhr nicht nur täglich fast absolut genau zu stellen, sondern auch durch sorgfames Vergleichen den Gang seines Zeitmessers so zu regulieren, daß er „richtig“, also weder erheblich vor noch nachgeht.

Die Großstation Rauen gibt das Zeitzeichen zweimal täglich, einmal eine Stunde nach Mittag und dann wieder eine Stunde nach Mitternacht. Beide Male sehen um 12,55 die ersten Vorfälle ein. In der Minute von 12,55 bis 12,56 wird 20mal der Buchstabe v. gesandt. Dann folgt eine Pause von etwa 15 Sekunden, auf die dann das Anrufzeichen — — — — — das Kennwort der Station Rauen P O Z — — — — — und die Buchstaben M I G Z, d. h. Mittlere Ozeanwälder (Sprich Orientischer)



Zeit — — — — — durchgegeben wird. Nach einer kleinen Pause bis zum Ende dieser Minuten folgt Punkt 12,57 des Sendens des Buchstaben x. — — — ein, der 50 Sekunden lang ertönt. Drei Striche — — — beenden diese Minute, nach Verhalten des letzten Striches ist es genau 12,58. Von 12,58 ab wird 5mal das Zeichen n. gegeben, und zwar so, daß der Punkt genau am Schlusse jeder 10. Sekunde ertönt. Das fünfte n beschließt also die 10. Sekunde. Es folgen wieder die drei Schlußstriche, deren letzter diesmal anzeigt, daß es genau 12,59 ist. Nun folgt wieder in Abständen von je 10 Sekunden 5mal das Zeichen g. — — . dessen Punkt ebenfalls jedesmal die 10. Sekunde beschließt. Endlich folgen wieder drei Striche, deren letzter genau um 1 Uhr verhallt. Zur Bestätigung der Richtigkeit der Zeitmeldung folgt sofort das internationale Schlußzeichen Punkt, Strich, Punkt, Strich, Punkt. Eine Minute nach 1 pflegt dann der Sprecher des Berliner Rundfunksenders noch besonders anzugeben. Einen wirklichen Nutzen wird man jedoch nur haben, wenn man die Zeichenfolge des Zeitzeichens zu deuten und danach zu handeln weiß.

Das Zeitzeichen von Rauen wird von der Hamburger Seewarrie betätigt, die durch eine besondere Kabelführung um 12 Uhr 56 Minuten 55 Sekunden, also 5 Sekunden vor dem Beginn der Vorfälle einen Stromstoß nach Rauen gibt, und 5 Sekunden später folgt dann das Zeitpendel in Rauen in Bewegung und gibt automatisch die geschriebenen Zeichen. Die Abgabe der Zeitzeichen wird außerdem vom geodätischen Institut in Potsdam und dem Marineobservatorium in Wilhelmshaven beobachtet, die regelmäßig durch Telegramme der Seewarrie in Hamburg das Ergebnis ihrer Beobachtungen mitteilen. Die Abweichungen von der absolut richtigen Zeit sollen nicht größer als 1/100 Sekunde sein.

Die Leiche mit dem Blumenstrauß.

Mutmaßlicher Frauenmord im Südwesten Berlins.

Ein Kapitalverbrechen liegt, wie die Polizei annimmt, einem Leichenfund zugrunde, den am Freitag voriger Woche Schutzpolizistamt des 31. Reviers gegen 4 Uhr morgens in der Alvenslebenstraße machte. Man glaubte zunächst an einen Unfall, die Obduktion ergab jedoch ein anderes Bild.

Auf einen Rundgang sahen die Beamten in der Hausnummer des Grundstücks Alvenslebenstr. 23 ein Mädchen auf dem Rücken daliegen. Der Körper war noch warm und die Beamten glaubten noch Lebenszeichen in ihm zu erkennen. Sie brachten deshalb die Bewusstlose sofort mit einem Automobil nach dem nahegelegenen Alsbeth-Krankenhaus. Hier konnte der diensttuende Arzt aber nur noch den Tod feststellen. Seine Ursache war durch die Befragung der Leiche allein nicht zu erkennen. Spuren äußerer Gewalt waren zunächst nicht zu sehen. Die Leiche wurde festgestellt als eine am 4. April 1900 geborene Händlerin Rosa Schatz, die früher im Norden Berlins wohnte, sich seit einigen Monaten aber unangenehm in der Schwerinstraße aufhielt. Beim Auffinden hatte sie einen Blumenstrauß in der Hand. Die Leiche wurde beschnitten und zur Feststellung der Todesursache nach dem Schauhause gebracht. Die Obduktion, die Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch gestern nachmittag vornahm, hatte das überraschende Ergebnis, daß die junge Händlerin erdrosselt worden ist. Nach Spuren am Gesicht scheint es, daß die Händlerin zunächst mit dem Gesicht auf der Straße gelegen hat und ein Stück Weges geschleift worden ist, nachdem ihr eine Schlinge um den Hals geworfen worden war. — Rosa Schatz handelte in den Kolonnen des Westens mit Zigaretten und war dort ziemlich bekannt. Sie soll auch Kolonnenvertrieben haben. Nach dem Ergebnis der Nachforschungen, die die Mordkommission mit ihren Beamten die Nacht hindurch betrieb, ist die Händlerin zuletzt in den Morgenstunden in einem Kolon in der Alvenslebenstraße gefahren worden, wo sie aus Anlaß ihres Geburtstages zechte. Nach ihrem Fortgang hörten andere Gäste von der Straße her Hilferufe. Sie gingen hinaus und sahen mehrere Personen, die sich stritten. Alle gingen nach der Richtung, in der später die Tote gefunden wurde. Die Gäste dachten an eine Schlägerei Betrunkener und kümmerten sich nicht weiter um den Aufruhr. Es ist anzunehmen, daß die Händlerin beim Schleifen mit einer um den Hals geworfenen Schlinge den Tod gefunden hat. Auf die Ermittlung der Täter wird eine Belohnung ausgesetzt werden. Mitteilungen zur Aufklärung nehmen die Kriminalkommissare Treitin und Duoh im Zimmer 103a des Polizeipräsidiums entgegen. Ob etwas erraubt worden ist, steht noch nicht fest. Die Händlerin soll etwa 100 Geldmark bei sich gehabt haben. In ihrer braunen Ledertasche wurde jedoch nichts mehr gefunden.

Ermordet und beraubt wurde am Sonntagmorgen um 8 Uhr in Hamburg die 41 Jahre alte Brot- und Schokoladenhändlerin Minna Hinrichs, geborene Schwabe, Am Wegweg 20 aufgefunden. Sie ist durch einen Stich durch den Hals getötet worden. Die Wohnung war durchwühlt, einige Schmuckstücke fehlen. Auf die Ermittlung der unbekanntem Täter ist eine Belohnung von 1000 Goldmark ausgesetzt. Die Berliner Kriminalpolizei ist um Mitwirkung ersucht worden. Mitteilungen an Oberwachmeister Brummel, Streife B 1, im Polizeipräsidium.

Ein Reinfall der Schöneberger Reaktion.

Seit einigen Tagen machte sich in Steglitz, Friedeau, Schöneberg sowie in einigen anderen westlichen Vororten eine besonders heftige Propaganda für die Veramlung des Jungdeutschen Ordens im Helmholz-Reformgymnasium in der Rubensstraße zu Schöneberg bemerkbar. Jedem Bewohner dieser Vororte, der einigermaßen unverdächtig ausah, wurden Handzettel zugesteckt, an den Bahnhöfen wurden Werbepostate angehängen, selbst die Bäume blieben nicht verschont. Bei dem starken bürgerlichen Charakter dieser Vororte hätte man nun mit einem großen Erfolg rechnen können, doch es kam anders. Die obgenannte nicht übermäßig große Schulaufsicht des Helmholz-Reformgymnasiums war am gestrigen Abend nur etwas über ein Drittel gefüllt. Das Publikum bestand hauptsächlich aus Frauen, die hier — wie übrigens auch in Pagnern — bei den bürgerlichen Parteien das vorwiegend reaktionäre Element bilden. So konnte der Vortrag

unbehelligt von irgendwelchen Störungen vor sich gehen, und der deprimierende Eindruck des schlechten Besuchs war offenbar so stark, daß es auch nicht zu einer Diskusson kam. Der Jungdeutsche Orden kann den gestrigen Abend in Schöneberg als einen schweren Mißerfolg buchen.

Wieder eine Paffälcheraffäre.

Ein deutscher Beamter in den Händen russischer Exzentr.

Ein helles Licht auf die Schleichwege, auf denen uns immer wieder neue unerbetene Gäste aus dem Osten zuwandern, wirft die Aufdeckung von Paffälchern im großen, die der hiesigen Kriminalpolizei in den letzten Tagen gelungen ist. Der Fall hat insofern eine gewisse Ähnlichkeit mit einem anderen vor einigen Tagen berichteten Fall, als auch hier leider wieder ein deutscher Beamter schwach genug gewesen ist, sich durch abgestimmte ausländische Gauner verführen zu lassen.

Schon seit einiger Zeit fiel es hier auf, daß außerordentlich viele Leute mit Pässen, die in Frankfurt a. d. O. ausgestellt worden waren, nach Berlin zugereist kamen. Nach Einreiseerlaubnisse, Aufenthaltserlaubnisse, Sichtvermerke stammten in auffallend großer Zahl aus jener Stadt. Kriminalkommissar Lobbes und seine Beamten kamen einer russischen Bande auf die Spur, die in großer Umlänge fälschen ließ und dann auch selbst fälschte. Ein Russe namens Bientkowski war der erste Urheber des ganzen Treibens. Seine Kro lernte in Frankfurt a. d. O. einen dort auf dem Paffbüro beschäftigten Beamten kennen und zog ihn in ihre Reihe, obwohl er Frau und Kinder hatte. Ihrer Verführung und Ueberredungskunst gelang es, diesen Mann zu der ersten Pafffälschung zu bewegen. Nach dieser „Geschäftigkeit“ hatte Bientkowski den Beamten in der Hand. Durch Drohungen mit der Aufdeckung seiner Straftat zwang er ihn seitdem fortwährend, ihm alles zu fälschen, was er verlangte. In einem Pensionat in der Neuen Königstraße, in dem er mit seiner Frau wohnte, richtete er ein förmliches Bureau ein, von dem aus er seine Fälschergeschäfte im großen und mit reichem Ertrage betrieb. Die „Geschäfte“ gingen so gut, daß das Ehepaar auf großem Fuße leben konnte. Von dieser Zentrale und ihrem Betriebe erfuhren aber auch noch andere Russen namens Rubinsicht, Saufe, Petroff, Lumin und v. Keusch. Diese Herrschaften wurden dem Frankfurter Beamten gegenüber noch dreister, forderten den Mann kurzerhand unter den üblichen Drohungen wiederholt auf, mit Formularen, Stempeln usw. nach Berlin zu kommen. Sie unterhielten in den westlichen Vororten Nebenzentralen und ließen hier den Frankfurter Beamten alles ausfüllen, stampfen und unterschreiben. Jetzt gelang es der Polizei Bientkowski, Saufe, Petroff und Lumin festzunehmen. Rubinsicht und v. Keusch sind verschwunden und werden noch gesucht. Der ungetreue Beamte ist ebenfalls verhaftet.

In der Baubude verbrannt.

Heute morgen gegen sechs Uhr wurde der 65 Jahre alte Bäcker Franz Bagel aus der Wiederstraße 58 in einer Baubude, die der Ullien-Gesellschaft für Bauausführungen gehört und die vor dem hause Belle-Alliance-Str. 51 aufgestellt war, auf einem Kofsefen liegend verbrannt aufgefunden. Ein Arzt stellte fest, daß der Tod infolge der schweren Verbrennungen eingetreten war. Nach den angestellten Ermittlungen scheint Bagel durch ausströmende Gase betäubt worden zu sein. Er ist dann auf den Kofsefen gefallen und hat dort den Tod gefunden.

Potsdamer Stadtverordnetenversammlung nach der Neuwahl.

Nach dreiviertel Jahren fand kürzlich wieder die erste Stadtverordnetenversammlung im alten Stadtschloß statt. Bürgermeister Raucher eröffnete die Sitzung und begrüßte die neu gewählten Stadtverordneten. In seiner Rede führte er aus, daß die Stadt Potsdam gut durch die Inflationszeit hindurchgekommen sei. In der Presse ließ man sogar, daß England vor die Stadt Potsdam englisches Kapital angeboten hätte. Bei der Verteilung der goldenen Amisletten lehnten die acht links-repräsentierten geschlossenen diese Ehrung ab. Die Tagesordnung war nur sehr kurz. U. a. wurde die Wahl des Stadtverordneten-vorstehers vorgenommen. Wieder fiel die Wahl auf Rechts-anwalt Roschund.

Die Verhandlung gegen die Bismarckerin Rosa Genschow wurde heute morgen fortgeführt. Bekanntlich hatte die Angeklagte am Schluß der gestrigen Sitzung infolge einer sie belastenden Aussage einen körperlichen Zusammenbruch erlitten, doch war es den Ärzten gelungen, sie soweit wiederherzustellen, daß die Angeklagte heute der Verhandlung wieder folgen konnte. Zunächst wurde die gestrige abgebrochene Vernehmung der Genschowin Frau Weymar über die Vergiftung des Händlers Hempel fortgesetzt.

In einer republikanischen Kundgebung gegen das Judenbarfü-urteil, für die Freilassung der politischen Gefangenen der Linken sprechen Mittwoch, den 9. April, abends 7 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstraße (Untergrundbahnhof Klosterstr.), Reichstags-abgeordneter Genosse Dr. Paul Levi, Landtagsabgeordneter Otto Rusche und der bekannte Vorkämpfer für die Revision des Reichsbuch-Urteils, Senatspräsident A. Freimuth. Die nationalsozialistischen Organisationen haben mit einer Sprengung der Kundgebung gedroht. Republikanische Arbeiter erscheinen in Massen und beweisen den Nationalisten, daß ihr eure Kundgebungen zu schützen will.

Ostpreußen-Berlin. Am Donnerstag, 17. April, verkehrt ein Sonderzug zu ermäßigten Fahrpreisen von Charlottenburg ab 6.11 abends, nach Königsberg an 10.37 vormittags. Fahrkarten nach Marienburg, Elbing, Braunsberg und Königsberg werden vom Mittwoch, 9. April, an bei der Fahrkartenausgabe Zoologischer Garten in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends ausgegeben. Die besonderen Bestimmungen und die Fahrpreise sind durch Aushang auf den Bahnhöfen bekanntgemacht. Deutsche Reichsangehörige brauchen bei Benutzung dieses Zuges für die Fahrt durch polnisches Gebiet weder Personalausweis noch visierten Paß. Zollabfertigung an den Grenzen unterbleibt. Unter gleichen Bedingungen verkehrt am 17. April auch ein Sonderzug von Insterburg über Königsberg nach Berlin.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer. In der Generalversammlung wählte die Berliner Ortsgruppe der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands zum Vorsitzenden den Genossen Dr. G. Witte.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mittwoch, den 9. April: 11. Abt. 7 1/2 Uhr: Altbilderverammlung, Schulstraße 6. Tagesordnung: Wahltechnische Einführung. 12. Abt. 7 1/2 Uhr: Jahlabend bei Schulz, Wiltter Str. 7. Diebemann, Jernsdorfer Str. 8. Wilsch, Peterburger Str. 5. 13. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr: Jahlabend. Gruppe 6: Jugendheim, Köpenicker Str. 1. Gruppe 7: Hotel Schulz, Spreerstr. 1. Gruppe 8: Donnerstag, 10. April, 7 1/2 Uhr: Hotel Wilmanns, Gumboldtstr. 30. Tagesordnung in allen Gruppen: Stellungnahme zum Reichstagswahltag. 14. Abt. Schöneberg. 7 1/2 Uhr: Jahlabend. 1. Bez.: Althe, Rollenborfer Str. 14. 2. Bez.: Jürgens, Barbischestr. 5a. 3. Bez.: Wittmann, Martin-Guther-Str. 7. 4. Bez.: W. H. Martin-Guther-Str. 49. 15. Abt. Friedenau. 7 1/2 Uhr: Jahlabend. 1.—2. Bez.: Schulz, Wiesbaden-Str. 10. 3. Bez.: 4.—4. Bez.: Rade, Hamburger Str. 60/61. 16. Abt. Steglitz. 7 1/2 Uhr: Jahlabend in den bekannten Lokalen. 17. Abt. Kreuzberg. 7 1/2 Uhr: Jahlabend. 1. Bez.: Schulz, Rixdahlstr. 13. 2. u. 3. Bez.: Jürgens, Alsbeth-Str. 11. 3. Bez.: Jürgens, Alsbeth-Str. 11. 4. Bez.: Jürgens, Alsbeth-Str. 11. 1. Bez.: Donnerstag, 10. April, bei Erhöher, Grotz-Eds Alsbeth. 18. Abt. Kottbus. 8 Uhr: Jahlabend bei Altg. Panzprofessur. Tagesordnung: Reichstagswahlen und Politik.

Gewerkschaftsbewegung

Angestellte, wahret eure Rechte!

Vom Ortsrat Berlin des A.F.V.-Bundes wird uns geschrieben: Aus den Kreisen derjenigen Funktionäre, die praktisch mit Arbeitsstreikigkeiten zu tun haben, wird gemeldet, daß Arbeitnehmer, welche vom Arbeitgeber fristlos entlassen werden, zu ihrer Entlassung schweigen oder dem Arbeitgeber alleinstimmig erwidern: „Na, es ist schön!“ oder ähnliches. Erst nach einigen Tagen beginnen sie dann wegen ihrer fristlosen Entlassung Maßnahmen einzuleiten. Manchmal ist zugunsten der Betroffenen noch etwas zu erreichen. Es gibt aber viele Fälle, in denen die fristlose Entlassung unberechtigt ausgesprochen ist, die Entlassenen aber sich durch Anfechtungen, wie die vorerwähnten, nach der Spruchpraxis der Gerichte die Verfolgung ihrer Rechtsansprüche unmöglich gemacht haben. Es sei darum an dieser Stelle betont, daß in Kündigung- und Entlassungsfällen, die für unberechtigt gehalten werden, Einspruch nicht nur beim Gruppenrat (Arbeiter- oder Angestelltenrat), sondern auch dem Unternehmer gegenüber in klarer Form erhoben werden muß.

Recht häufig unterschreiben Arbeitnehmer eine Ausgleichs-Quittung, obwohl sie beschließen, noch weitere Ansprüche an den Arbeitgeber zu stellen. Ein Arbeitnehmer, der entlassen wird, ist in keinem Falle verpflichtet, eine Quittung „zum Ausgleich aller Forderungen“ zu erteilen. Er hat lediglich die Lohn- oder Gehaltssumme sowie den Empfang seiner Legitimationspapiere zu quittieren. Unterzeichnet er trotzdem eine Ausgleichs-Quittung, so hat er nach der Rechtsprechung nur in Ausnahmefällen Aussicht auf Erfolg, falls er noch weitere Forderungen gegen den Arbeitgeber geltend machen will.

Die fristlose Entlassung bei Fehlen wegen Krankheit oder anderer Gründe Anlaß zur Entlassung. Wir raten deshalb jeden Arbeitnehmer, im Falle der Unterbrechung der Arbeitsleistung, sofort brieflich oder mündlich durch Angehörige oder persönlich dem Arbeitgeber Kenntnis von den Gründen des Fernbleibens zu geben. Bei telefonischer Benachrichtigung ist es zweckmäßig, sich den Namen desjenigen geben zu lassen, der die Entlassung entgegennimmt. Es ist zu empfehlen, daß sich der Angestellte zum Nachweis seiner Krankheit baldmöglichst in ärztliche Behandlung begeben.

Zusammenfassend empfehlen wir den Arbeitnehmern: Nehmt nicht jede Kündigung oder Entlassung durch euren Arbeitgeber widerstandslos hin. Beschäftigt ein Gruppenrat (Arbeiter- oder Angestelltenrat) bei der Firma, so erhebt auch bei diesem sofort Einspruch auf Grund des Betriebsratsgesetzes. Unterschreibt niemals eine Quittung zum Ausgleich unter Verzicht auf weitere Forderungen aus eurem Arbeitsverhältnis. Entschuldiget euer Fernbleiben von der Arbeit, falls es notwendig ist.

Die Nachläufer.

Seit die KPD. sich unter der gütigen Führung von Scholem und Ruth Fischer befindet, benimmt sie sich bei allen Kämpfen in der Arbeiterbewegung wie ein altes Weibchen, das schimpfend hinter einem Kartoffelwagen herläuft und darauf wartet, daß irgendwo eine Kartoffel für sie herunterfällt. Manchmal verweist sie das alte Weibchen und nimmt etwas für eine Kartoffel, was in Wirklichkeit der Gaul verloren hat.

So nimmt jetzt auch die KPD. „Stellung“ zum Kampf der Eisenbahner. Heute kann die „Rote Fahne“ schon einen Aufruf des kommunistischen Freien Eisenbahner-Verbands veröffentlichen. In dem dieser die Eisenbahner auffordert, schnelle und gründliche Vorbereitungen zum Kampfe zu treffen. Na also. Wie wagen zu hoffen, daß die kommunistischen Vorbereitungen nach Beendigung des Kampfes getroffen sein werden. Wenn sie sich sehr beeilen, kann es bis dahin noch klappen.

Im übrigen bleibt die „Rote Fahne“ ihrer verächtlichen Parole getreu; die die KPD. für alle Seiten als Arbeiterpartei unumgänglich macht. Sie fordert die Eisenbahner mitten im Kampfe auf, gegen den Willen der Verbandsleitungen zu handeln!

Die Anhänger der KPD. werden also zu Streikbrechern degradiert.

Über diesen Punkt werden wir nach dem Kampf erbauische Dinge zu berichten haben. Vorkäufig stellen wir fest, daß die Kommunisten bisher nichts getan haben, und im Augenblick des Kampfes zur Uneinigkeit und indirekt zum Streikbruch auffordern.

Die Lohnkämpfe in der Metallindustrie.

Die Direktion der Knorr-Presse in Lichtenberg hat heute morgen um 7 Uhr das ganze Werk stillgelegt, weil ein Teil der Belegschaft die Arbeit nicht aufgenommen hat. Die Direktion hat beschlossen, sämtliche Arbeiter zu entlassen, wenn sie nicht bis Donnerstag früh an ihre Arbeitsstätte zurückkehren. Da aber die Direktion schwerlich ausreichen wird, die Arbeit allein zu bewältigen, wird sie die Entlassenen wieder einstellen.

Bei der Firma S. E. L. Schulze, Fehrbellinerstraße, haben die Arbeiter, nachdem ihre Lohnforderungen nicht bewilligt wurden, die Arbeit niedergelegt.

Bei Järsch, Adlershof, sind die Arbeiter in den Streik getreten, nachdem ihre Forderungen abgelehnt worden sind.

Bei der Firma Rieberg, Weihenitz, ist es infolge Nichtbewilligung von Lohnsteigerungen zum Ausstand der Belegschaft gekommen.

Zur Verbindlichkeitsklärung in der Metallindustrie.

Eine A.F.V.-Funktionärerversammlung der Metallindustrie nahm am Montag Stellung zu der durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches geschaffenen Situation. Günter vom Busch berichtete, daß der A.F.V. versucht, von neuem die Angestelltenchaft zu spalten, in dem er durch Zwischläge seiner Mitgliedsfirmen in den Betrieben beunruhigt, daß alle Angestellten, die dem A.F.V. und dem G.D.V. angehören, sich durch Vorzeigung der Mitgliedsbücher ausweisen sollten, um in den Besitz der Gehaltsbezüge und Arbeitsbedingungen des verbindlich erklärten Schiedspruches zu gelangen. Redner teilte mit, daß für die Reorganisierung des G.D.V. in Anwendung kommen soll. Dieses Vorgehen des A.F.V. ist mit der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Angestellten nicht im Einklang zu bringen, und es soll sofort in erster Linie erachtet werden. Dieses Vorgehen der Unternehmer muß nun durchkreuzt werden, indem die Angestellten in den Betrieben Listen auslegen, wonach alle Angestellten die Gehaltsbezahlung auf Grund des Schiedspruches fordern. Nach Möglichkeit ist für den Kopf der Erklärung ein einheitliches Muster zu wählen. Die unterzeichneten Angestellten fordern die Bezahlung ab Monats März auf Grund des Schiedspruches vom 3. März 1924, desgleichen die Arbeitszeitbestimmung mit Wirkung vom 6. Februar ab. Begründung: Auf Grund des § 2 des Tarifvertrages vom 16. Mai 1923 erklären wir, daß wir im A.F.V. und dem G.D.V. organisiert sind, eventuell sein könnten. Wir versichern, daß wir dem G.D.V. nicht angehören.

In der Aussprache wurde die einheitliche Auffassung vertreten, daß die Vertrauensleute alle Verantwortung haben, den großen finanziellen und moralischen Erfolg des A.F.V.-Bundes organisatorisch auszuwerten.

Die Lage im Kleiderstoffgroßhandel.

In der Reichstagserversammlung der Angestellten im Baumwoll-, Seiden- und Kleiderstoffgroßhandel gab Genosin Frieda Licht den Situationsbericht. Sie behandelte die außerordentliche Rechtsunsicherheit in den Betrieben. Die Herren Arbeitgeber hatten zum 31. März den Tarif gekündigt und sind der Meinung, daß sie nur den Tarifvertrag zu kündigen brauchen um ihre bekannten Verschlechterungen zugunsten der Angestellten durchzuführen. Neue Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden, denn diese werden planmäßig von den Unternehmern hinausgezögert. Sie haben die Absicht, sich an den Schiedspruch für den Textilgroßhandel anzuschließen, welcher vor einigen Tagen vor dem Schlichter gestellt wurde und bedeutende Verschlechterungen für die Arbeitnehmer vorläßt. Die Arbeitgeber im Baumwoll-, Seiden- und Kleiderstoffgroßhandel tragen sich ferner mit dem Gedanken, irgendwelche Entschädigungen vorzuschreiben und Zugeständnisse innerhalb der Betriebe von den Arbeitnehmern zu erreichen und sie von der „Notwendigkeit“ einer längeren Arbeits-

zeit zu überzeugen. Die Rednerin warnte dringend, in Fragen der Arbeitszeit Zugeständnisse zu machen. In der Diskussion polemisierte ein Kommunist gegen die vom Hauptvorstand des G.D.V. geforderte Unterzeichnung der bekannten Erklärung. Genosin Licht wies die Angriffe zurück und betonte den rein gewerkschaftlichen Kern der Organisation. Sie appellierte besonders an die weibliche Mitgliedschaft am 4. Mai zur Reichstagswahl mitzubekommen, daß eine starke Arbeiterpartei ins Parlament geht. Jede Kollegin, die eine bürgerliche Partei wählt, schadet sich damit nur selbst.

Generalversammlung der Brauereiarbeiter.

Reinfall der Kommunisten.

In der am Sonntag im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Jahresversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter gab Hodapp den Geschäftsbericht für 1923. Die gesamten Arbeiten der Organisationsleitung waren durch den Abschluß von Lohnabkommen in Anspruch genommen. Allein für die Mühlenarbeiter mußten 31 Lohnbewegungen geführt werden, die im November und im Februar zur Verhinderung der Streikleitung geführt haben. Die Verschlechterungen der Begehren, durch die Streiks der Mühlenarbeiter führte die Mäckerleitung der Belegschaft in Frage gestellt werden, wurden durch die Mühlenarbeiter widerlegt, die stets behaupteten, ihre Löhner seien bis unter die Dächer voll. Hodapp erwähnte die Einführung der Indegilohns und der Goldilohns, wobei die Brauereiarbeiter bei den letzteren, infolge ihres ungesunden Drängens, gegenüber den Mühlenarbeitern, die länger an den Papierlöhnen festhielten, stark ins Hintertreffen gerieten. In allen Lohnbewegungen zeigte sich das Feilschen der Arbeitgeber, ohne Arbeitszeitverlängerung keine Lohnsteigerungen zu bewilligen. Die Beschäftigung in den Branchen war stark durch die allgemeine Wirtschaftskrise beeinflusst. Arbeitszeitverlängerungen und Entlassungen kamen in Anwendung, die besonders die alten Leute betrafen. Die Mitgliederbewegung bewegt sich wieder in aufsteigender Linie; die Läden, die die Inflationsspitze gelitten hat, sind voll ausgefüllt.

Der Jahresbericht zeigte das durch die Geldwertung verursachte B.D. Gelder wurde die Rechnung Hodapps, bei der Bewertung des Wertens der Ortsverwaltung nur sachliche Erwägungen sprachen zu lassen, von den kommunistischen Rednern nicht beachtet. Es ist beauerlich, daß heute noch eine geistig so tiefstehende „Rede“, die von Verunglimpfungen der eigenen Organisation strotzt, gehalten werden kann, wie es einer der „Oppositionellen“ tat. Zur Ehre der großen Mehrheit der Verbandsangehörigen sei aber festgestellt, daß, abgesehen von einer maulwurfsartigen Minderheit, diese „Reden“ keinen Eindruck auf die Versammlung machen konnten. Die Redner der Antiföderalen Gewerkschaftsrichtung erkannten die Schwierigkeiten voll an, die die Ortsverwaltung in ihrem Bestreben, für die Verbandsangehörigen das Beste zu erreichen, hinderten. Sie beantragten, bei der Neuwahl der Ortsverwaltung, die bisherige Leitung mit Hodapp an der Spitze wiederzuwählen. Die von den Kommunisten eingereichte Liste enthielt nach den Verbindungen mehrerer Disziplinarredner keinen Kandidaten, dem man die Fähigkeit zur Verwaltung so verantwortungsvoller Posten zuzurechnen könnte.

In der Abstimmung wurde die Liste der Antiföderalen Richtung mit großer Mehrheit gewählt. Das Ergebnis wurde von der Opposition mit einem solchen Tumult beantwortet, daß Hodapp die Versammlung schließen mußte.

Gehaltsbewegung in der Berliner Holzindustrie. Wie uns vom Deutschen Drechslerverband mitgeteilt wird, haben die Verhandlungen, über die wir in unserer Abendausgabe vom Montag berichteten, nicht allein für die Drechslerstätter gefunden, sondern für die kaufmännischen und technischen Angestellten, sowie Werkmeister in der Berliner Holzindustrie.

Beamtenschaft für Berlin: Ernst Reuter; Reichshof; Prinz Seltsam; Gewerkschaftsbewegung: A. Schulze; Neulitz; Dr. John Schmalz; Döbeln und Gendler; Fritz Kahlert; Kasseler; H. Guder; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin G.D. 68. Einheitspreis 2.

Anf Teilzahlung!
Komplette Zimmer sowie **Einzelmöbel** zu sehr billigen Preisen!
CAMNITZER
Schönhauser Allee 52 I.
am Untergrundbhf. Nordring

Das Beste — das Billigste!
Herrenanzüge 43.- 38.- 32.- 19.-
Knabenanzüge 19.- 16.- 12.- 9.-
Hosen 10.- 15.- 12.- 9.- 3.-
Alle Waren spotbillig! — Kleiderwahl!
Fahrvergnügen.

Vormittags jeder Kunde ein Gerchek
Eruppenstraße 61,
3 Min. v. Bht. Gesundbr.

Willst Du Deinem Mann was kaufen, mußt zu
Bosen-Anders
laufen.
Berufskleidung
Strickwesten
Trikotagen
Socken
Taschentücher
A. Anders,
Beusselstr. 25

Gabardine
130 Nr. 2 Wolle
sowohl
Vorrat 6.75, 9.10
Kostüm-, Kleider-,
Futterstoffe
beideinst. ant. Preis.
Haarpuder
Schöneberg, Galtstr. 2
a. d. Grünwäldstr.
Wade Regen
Kleid
Schöneberg, Galtstr. 2
a. d. Grünwäldstr.

Strickwesten
Ständl. großes Fabriklager in Strick-
und Wirkwaren aller Art zum
Einzelverkauf!
Bruno Richter & Co. Fabrik-Niederlage
in Thüring. Wollwaren
Bin.-Pankow, jetzt Mühlenstr. 1
Ecke Breite Straße

Hosen
Unser höchst billige!
Drecksch 3.50, Engl. Leder 4.50
Arbeitsch. 3.50, Militärhose 5.50
Anzugsch. 3.50, Strohhose 3.50
Anzüge v. 20.-, Knabenanzüge 2.50
Orig. Kniehosen v. 17.50
Sport Anzüge - Regenmäntel
München-Gladbach, Hosenzentrale
Neukölln, Berliner Str. 18/19
Ecke Reuterstraße
Berlin, Köstriner Platz 10
1 Min. vom Schles. Bahnhof

Nicht irren, auf Firma achten!

Aufsehen erregend!
Wie immer fabelhaft billig!

Anzüge Mäntel Hosen
Melton, Homespun, in guten
Qualitäten, prima Zuaten
Homespun, große Auswahl, nur
beste Qualitäten, gute Verarbeitung
Buckskin, codierte Stoffe,
große Auswahl

21⁵⁰ 17⁵⁰ 3⁹⁰
29.⁵⁰ 38.- 65.- 78.- 95.- 27.⁵⁰ 38.- 65.- 78.- 95.- 6.⁵⁰ 8.- 11.- 17.-

Kauf erleichtert durch Anzahlung. — Angezahlte Waren werden
kostenlos bis Pfingsten aufbewahrt.

Berufs-Kleidung enorm billig! : Knaben-Anzüge fabelhaft billig!!!

HUGO SIMON
SPEZIALHAUS FÜR ERSTKL. HERREN-KLEIDUNG
133 CHARLOTTENBURG 133
Wilmsdorfer Straße an der Bismarckstraße

Nicht irren, auf Firma achten!

Alles Bisherige in den "chatten stellend"
biete an zum Engros-Preise
meine Großmarke

„Benefiz“
Eine feine, milde und
würzige Qualitätszigarre

Mein Angebot ist eine beispiellose
Grobleistung ersten Ranges!!
Zigarren- u. Zigaretten-Großhandlung
Max Torge
Berlin W., Potsdamer Straße 97
(an der Bülowstraße)
Berlin W., Potsdamer Straße 116
(an der Lützowstraße)
Berlin-Schöneberg, Kolonnenstr. 66
„Benefiz“
Hilfsplatz

Kapitän-Kaulabak
unvergleichlich im Wohlgeschmack. Nur echt
mit Firmenstempel! In der 5. Meilen-Gesell-
schaften käuflich. Für Wiedererwerb
durch C. Röcker, Berlin, Ullrichsbergstr. 21 (Tel. 364).

Schokoladen
in großer Auswahl!
Billige Bezugsquelle für
Kantinen und Wiederver-
käufer.
Paul Grindel,
Dircksenstr. 47, nahe Bismarckstr.

Wäschepracht
Die gute reine Kernseife
66% Fettgehalt.
Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher
Güte! Ohne schädliche Bestandteile!
Stark & Co., Seifenfabrik G. m. b. H.
Berlin NO 88, Colmarer Straße 8-9.

Besonders wirksam sind die
KLEINEN ANZEIGEN
in der Gesamtanlage
des „Vorwärts“ und **billig!**

Machinen der Faust
Wille, Wilmsdorfer
Str. 48 A. I. Größte
Rattan-Edel-Rattan-
Garnituren, Stühle,
Sesseln, Kl. u. B.
monde, Bettzeug,
Bel. ohne Auszahlung
Anzahlung gelohnt

**Ruhe-
betten 20 u.
Kl. u.
Garnit. 170 u.
Chaiselong. 12 u.
decken 12 u.
Neuheiten,
Anzeigen, 20**

J. Baer Berlin N, Badstr. 26
Ecke Prinzenallee
Fernsprecher: Axel Heubl 2443

empfeht wie bekannt in reichster Aus-
führung und zu allerbilligsten Preisen
das große Lager fertiger
moderner und Herren- und
Knaben-Garderobe
für jede Figur passend
sowie das reichhaltige
**Stofflager zur eleganten
Anfertigung nach Maß.**
Tadellosere Sitz u. Beste Zuspigen
Sport- und Berufskleidung
-leg. Einsegnungs-Anzüge

